

**Protokoll der Sitzung des JHA
vom 03.11.2016 Zeit: 15:40 Uhr – 18:15 Uhr**

Ort: Senatorin für Finanzen - Raum 208

Teilnehmer/-innen und Gäste:

s. Anwesenheitsliste

Vorsitz: Herr Barde

Protokoll: Herr Möller

Bremen, den 09.01.2017

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die vorgelegte ergänzte Tagesordnung wird mit folgenden Änderungen beschlossen:

TOP 8: Bericht zur Teilevaluation des Handlungskonzeptes „Stopp der Jugendgewalt“ wird abgesetzt und in der Sitzung am 01.12.2016 behandelt.

TOP 11: Handlungshilfe Kitaausbau / Umgang mit der bautechnischen Zuwendungsprüfung (BZP) – Präsentation – wird an die AG gem. § 78 SGB VIII überwiesen

Als neuer TOP 12 wird das Thema Statusbericht III – Kindertagesbetreuung eingefügt.

TOP 2: Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles

Auf Nachfrage teilt Herr Fries mit, es können derzeit noch keine Aussage getroffen werden, ob die Planungsreserve auch im Bereich OJA eingesetzt werden müsse.

Hinsichtlich der Ferienbetreuung teilt Frau Wagner auf Nachfrage mit, es könne derzeit noch keine Aussagen bezüglich des Übergangs dieser Aufgaben auf das Ressort Kinder und Bildung und zu den weiteren Verfahren getroffen werden.

TOP 3: Protokoll der Sitzung vom 01.09.2016

Das Protokoll der Sitzung vom 01.09.2016 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

TOP 4: Bericht zum Stand der Versorgung, Teilhabe und Integration unbegleiteter minderjähriger Ausländerinnen und Ausländer (umA)

Dieser Tagesordnungspunkt ist in der vorangegangenen Sitzung des LJHA umfänglich behandelt worden und wird nicht erneut zur Erörterung aufgerufen.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: . / .

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den vorgelegten Bericht zur Kenntnis.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 5: Bremische Landesrahmenempfehlung über die Früherkennung und Frühförderung nach dem SGB IX sowie gemäß der Frühförderverordnung (FrühV) – BremFrühE-hier: Bericht zum Stand der Umsetzung der Bremischen Landesrahmenempfehlung im Land Bremen

Dieser Tagesordnungspunkt ist in der vorangegangenen Sitzung des LJHA umfänglich behandelt worden und wird nicht erneut zur Erörterung aufgerufen.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: . / .

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht 2016 der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zum Stand der Umsetzung der Bremischen Landesrahmenempfehlung im Land Bremen zur Kenntnis.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 6: Controllingbericht zum Projekt „Jugendamt weiterentwickeln!“ (JuWe)

Eine Einführung wird nicht als erforderlich angesehen.

Im Verlauf der Erörterung wird ein enger Zusammenhang mit dem folgenden Tagesordnungspunkt, „Bericht über die Arbeits- und Personalsituation im ASD Junge Menschen des Amtes für Soziale Dienste“ gesehen. Diese Thematik habe Einfluss auf den Fortgang des Projekts und berge entsprechende Brisanz in sich. Es wird die Sorge geäußert, es gehe um Kennzahlen und weniger um die qualitative Weiterentwicklung der Jugendhilfe, diese sollte aber in Bezug auf alle Handlungsfelder differenzierter dargestellt werden. Herr Diener bestätigt den Zusammenhang mit der Arbeitssituation im Jugendamt, sieht auch deren Auswirkungen auf das Projekt JuWe und empfiehlt im Übrigen eine, alle Themenfelder der Erziehungshilfe betreffende, Debatte über die qualitativen Aspekte der Weiterentwicklung des Jugendamtes zunächst in der AG gem. § 78 SGB VIII zu führen. Es wird angesichts der Auswirkungen der Arbeitssituation auf das Projekt auch eine Debatte über die Aussetzung der Personaleinsparungen (PEP) angeregt sowie eine vertiefende Erörterung als Schwerpunktthema einer Sitzung des JHA oder in einer Sondersitzung vorgeschlagen. Letztere solle vor der nächsten Behandlung im Senat erfolgen.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Mummenthey, Herr Diener, Frau Leonidakis, Herr Möhle, Herr Dr. Güldner

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 7: Bericht über die Arbeits- und Personalsituation im ASD Junge Menschen des Amtes für Soziale Dienste

Es herrscht Einvernehmen, dieses Thema Schwerpunktthema in der nächsten Sitzung des JHA oder in einer Sondersitzung vertiefend zu behandeln.

TOP 8: Bericht zur Teilevaluation des Handlungskonzeptes „Stopp der Jugendgewalt“

Die Erörterung des Berichts zur Teilevaluation des Handlungskonzeptes „Stopp der Jugendgewalt“ wird abgesetzt und findet in der Sitzung am 01.12.2016 statt.

TOP 9: Vorabbericht vom Fachtag „Schwere Jungs oder Schwerfälligkeit der Hilfesysteme?“

Herr Goldschmidt nimmt, vor dem Hintergrund vorheriger Debatten und des Fachtages, diesen Tagesordnungspunkt zum Anlass, einen Beschlussvorschlag zu unterbreiten.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Dr. Rose, Herr Goldschmidt, Herr Dr. Güldner

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss Bremen bittet den Senat vor wesentlichen Entscheidungen oder Vorentscheidungen über die Schaffung einer fakultativ geschlossenen Einrichtung für Jugendliche, dass ein konkretes Umsetzungskonzept, inkl. des pädagogischen Konzeptes des Trägers PTJ gGmbH, zunächst dem Jugendhilfeausschuss zur Beratung vorgelegt wird.
2. Der Jugendhilfeausschuss bittet um die Möglichkeit einer fachpolitischen Bewertung des ausstehenden pädagogischen Konzeptes.
3. Der Jugendhilfeausschuss lädt den Träger PTJ gGmbH aus Hamburg zu einer Vorstellung in den Jugendhilfeausschuss ein.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 10: Neufassung des Ortsgesetzes über die Beiträge für die Kindergärten und Horte der Stadtgemeinde Bremen

Auf eine Einführung in die Vorlage wird verzichtet. Herr Seele erläutert die Position der ZEV unter Bezugnahme auf die in einem Elternbrief dargelegte Position. Er begrüßt die Entlastung unterer Einkommensgruppen, sieht aber völlige Beitragsfreiheit als die notwendige Zielsetzung an. Frau Wedel spricht sich für den Verbund Bremer Kindergruppen ebenfalls für Beitragsfreiheit aus, fordert die Senatorin für Kinder- und Bildung auf, der Wirtschaftlichen Jugendhilfe (WJH) des Amtes für Soziale Dienste die neuen Beitragstabellen zur Verfügung zu stellen und erläutert das Verfahren der Bezuschussung von Elternbeiträgen durch die WJH. Elternvertreterinnen katholischer Einrichtungen sprechen sich ebenfalls für eine beitragsfreie Kindertagesbetreuung und bis dahin für eine sinnvolle Staffelung der Beträge aus. Für die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktion der SPD signalisiert Frau P. Krümpfer erhöhten Beratungsbedarf in ihrer Fraktion, da hinsichtlich der für die mittleren Einkommen vorgesehenen Beiträge Nachbesserungen erforderlich seien. Herr Buhler hält als Vertreter der Fraktion der FDP ebenfalls eine Nachbesserung für erforderlich und fordert ein beitragsfreies letztes Kindergartenjahr. Herr Güldner betont für die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktion Bündnis 90 / Grüne, dass hinsichtlich der Belastungen für mittlere Einkommensgruppen noch Überlegungen über Nachbesserungen angestellt werden sollten. Frau Leonidakis stellt fest, die Eingangsstufenbeiträge seien aus ihrer Sicht zu hoch und regt an, den Weg in die Gebührenfreiheit der Kindertagebetreuung einzuschlagen. Frau Ahrens hält ebenfalls die Belastung der mittleren Einkommen für zu hoch und fordert Nachbesserungen.

Auch seitens der freien Träger der Jugendhilfe und der Zentralen Elternvertretung werden Nachbesserungen gefordert, da eine Umverteilung zu Lasten mittlerer Einkommen drohe. Gleichzeitig wird das unzureichende und zu kurze Beteiligungsverfahren bemängelt. Herr Jablonski erläutert die Schwierigkeiten angesichts der gesetzten Rahmenbedingungen, die Deckung der Kosten von 10% auf 13% zu erhöhen und die unteren Einkommen zu entlasten bzw. beitragsfrei zu stellen, einen rechtlich haltbare Staffelung der Beiträge zu gewährleisten. Er weist darauf hin, dass seit 2008 keine Beitragserhöhung vorgenommen wurde und nunmehr der Aufforderung durch die Senatorin für Finanzen gefolgt werde. Er erklärt, ein intensiveres und längeres Beteiligungsverfahren hätte dazu geführt, dass keine für das Kindergartenjahr 2017 / 2018 geltende neue Beitragsordnung hätte in Kraft gesetzt werden können was eine weitere Einnahmelücke hätte entstehen lassen. Es wird ein zwischenzeitlich erarbeiteter Beschlussvorschlag erörtert und zur Abstimmung gestellt.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Herr Seele, Frau Wedel, Frau Müller-Nolting, Frau Meyer, Frau P. Krümpfer, Herr Buhlert, Frau L. Krümpfer, Herr Dr. Güldner, Herr Jablonski, Frau Leonidakis, Frau Ahrens, Frau Glasmeyer, Frau Dr. Rose

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss fordert die zuständige Deputation, den Senat und die Bürgerschaft auf, den vorliegenden Entwurf der Beitragsordnung nicht zu beschließen und einen neuen Vorschlag zu entwickeln, in dem die besonderen Härten in bestimmten Verdienstgruppen ausgeglichen werden. Dabei ist darauf zu achten, dass ein Beteiligungsprozess aller Akteure sichergestellt wird.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 3

TOP 11: Handlungshilfe Kitaausbau / Umgang mit der bautechnischen Zuwendungsprüfung (BZP) – Präsentation -

Dieses Thema wird an die Arbeitsgemeinschaft gem. § 78 SGB VIII überwiesen.

TOP 12: Statusbericht III – Kindertagesbetreuung

Die Versorgungssituation wird bemängelt und bezüglich ausgewiesener freier Plätze nach dem Verfahren gefragt. Herr Jablonski verweist auf die Bemühungen, die Versorgungsquote zu steigern und erläutert den Charakter der Statusberichte als Stichtagserhebungen, die keine tagesaktuelle Darstellung ermöglichen könnten.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Ahrens, Herr Dr. Güldner, Herr Jablonski

TOP 12: Ablaufplanung Kindergartenjahr 2017 / 2018

Herr Scholz kennzeichnet die vorgelegte Planung als in der AG gem. § 78 konsensuell abgestimmt und erläutert auf Nachfrage, eine Komprimierung von Planungsprozessen sei erforderlich gewesen, um z. B. den Prozess der Versorgung bisher nicht versorgter Kinder zu beschleunigen. Herr Jablonski hebt die Verantwortungspartnerschaft, auf steigende Bedarfe schneller reagieren zu können hin. Herr Dr. Schlepper weist darauf hin, dass hier ein Planungsprozess beschrieben werde, neben dem natürlich der Rechtsanspruch maßgebliche Wirkung entfalte. Er bemängelt, dass Eltern die im vorherigen Kindergartenjahr keinen Betreuungsplatz für ihr Kind erhalten hätten einen neuen Antrag stellen müssten, da der Antrag aus dem vorherigen Jahr den Einrichtungen nicht vorliege. Herr Jablonski sagt diesbezüglich, wie auch in der Frage des Umgangs mit Kindern auf Wartelisten, sachliche und rechtliche Prüfung zu. In der weiteren Erörterung wird die Bedeutung der Kommunikation mit den Eltern hervorgehoben

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Herr Scholz, Herr Dr. Güldner, Herr Jablonski, Herr Dr. Schlepper, Frau Rendigs, Frau Ahrens, Frau Glasmeyer

TOP 13: Jugendberichtserstattung (mündlicher Bericht)

Thema und Struktur des Berichts werden per Umlauf abgestimmt und der TOP in der Dezembersitzung erneut aufgerufen.

TOP 14 Umsetzung des Integrationskonzepts in der offenen Jugendarbeit der Stadtgemeinde Bremen 2017

Herr Fries führt in die Vorlage ein und teilt mit, dass der Haushaltsgesetzgeber die Mittel für 2017 zunächst gesperrt habe, für Notmaßnahmen und eilbedürftige Maßnahmen im Jahr 2016 die Mittel jedoch freigegeben wurden. Es sei geplant, die Angebote und Projekte zweimal jährlich zu evaluieren. Demgegenüber vertrete das Ressort SJFIS die Position, ein derartiges Verfahren sei hinsichtlich Planung und Durchführung der Angebote sowie aus personalrechtlichen Gründen nicht zu bevorzugen, sondern eine Finanzierung für das ganze Jahr sinnvoll. Diese Position wird allgemein bestätigt, da ansonsten die Ziele des Integrationskonzepts als gefährdet anzusehen wären. Zudem sei eine zügige Beschlussfassung erforderlich.

Herr Fries berichtet weiter, die Mittel für das Projekt KITAP seien vorweg bereits beschlossen worden und erläutert die Darlegungspflichten Bremens gegenüber dem Stabilitätsrat in Bezug auf Sonderausgaben für die Integration von Flüchtlingen. Er erläutert die Sinnhaftigkeit guter Begründungen, Konzepte und auch der Evaluation der Angebote, darüber hinaus sollten die Verfahren jedoch umsetzungsbezogen sinnvoll gestaltet werden.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Herr Goldschmidt, Herr Möhle, Herr Dr. Güldner, Frau Ahrens, Herr Möhle, Frau Frank, Herr Fries

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss fordert den Senat auf, das beschlossene Integrationskonzept hinsichtlich der Kinder-, Jugend- und Familienpolitischen Maßnahmen ganzjährig anzusetzen, in diesem Sinne zügig zu beschließen und diese Mittel für 2017 entsprechend freizugeben.

Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 0

TOP 15: Sitzungstermine 2017

Der Tagesordnungspunkt wird aufgerufen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt den vorgeschlagenen Terminen zu, hält aber 2 weitere Termine für erforderlich. Die Verwaltung wird Termine unterbreiten und eine entsprechende Abfrage veranlassen.

Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 0

TOP 16: Berichte der Verwaltung:

- **Bericht aus dem Depu-Unterausschuss Frühkindliche Bildung**

Herr Jablonski gibt einen Kurzbericht über die bisherige Arbeit des Bündnisses für Integration, Bildung und Betreuung.

TOP 17: Verschiedenes

Herr Schaeffer, Mitglied des Beirats Walle, erläutert die Förderung des Sportparks Überseestadt durch den Beirat, stellt aber fest, dass die bisherige Förderung dieses Angebots für dessen pädagogischen Betrieb nicht ausreicht, sieht es als stadtzentrales Angebot an und bittet den JHA um Unterstützung, um den Betrieb des Sportparks sicherzustellen.

für das Protokoll:

Arnd Möller